

Anfrage Bucher Mario und Mit. über die Sicherheitslage durch rechtsfreie Zonen und deren Auswirkungen im öffentlichen Raum

eröffnet am 16. September 2024

Linksextremismus ist in der Schweiz allgegenwärtig und bedroht die Grundpfeiler unsere Demokratie. Linksextremismus führt zu rechtsfreien Zonen, wie zum Beispiel der Wagenburg im Hinterschlund, Kriens.

Dem Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) kann man Folgendes entnehmen: «Der gewalttätige Linksextremismus wird sich besonders beim Antifaschismus und in der Kurdenfrage engagieren. Es ist auch mit einer Zunahme direkter Gewalt gegen Menschen, namentlich gegen als dem Rechtsextremismus zugehörig angesehene Personen und gegen Sicherheitskräfte, zu rechnen.»

Linksextremismus, gemischt mit einer hohen Zuwanderung, sind laut NDB ein sehr grosser Brennpunkt im Sicherheitsaspekt der Schweiz.

In der Ausgabe der Luzerner Zeitung vom 6. September 2024 konnte man in einem Artikel über die Pride in Luzern lesen, dass die teilnehmenden linken Bewegungen nicht friedlich sein wollen, sondern mit allen Mitteln, gar mit Gewalt, das System Schweiz bekämpfen. Das zeigt sich unter anderem dadurch, dass in diesen Kreisen Menschen, welche unsere Polizei verteidigen und ihnen den Dank aussprechen, gecancelt werden. Ein solches Verhalten, auf unsere Kosten eigene Anarchieträume auszuleben, sind eine Gefahr für ein gemeinsames Zusammenleben. Bedauerlich ist zudem, dass man noch nie bis ganz selten von einer klaren Distanzierung etablierter linker Politiker zum Linksextremismus gehört hat. Im Gegenteil, oft marschieren gewählte Volksvertreter mit solchen Gruppierungen mit und skandieren deren Parolen oder verteidigen deren Gewalt. Die Lagebeurteilung des NDB hat sich somit bereits bewahrheitet.

Durch die Bewilligung der Stadt Luzern für solche Anlässe, welche Gewalt gegen Polizeipersonal verherrlichen und dazu aufrufen, werden sehr hohe Kosten für die Polizei und eine Belastung der ohnehin schon knappen Ressourcen ausgelöst. Durch das Tolerieren von rechtsfreiem Raum, zum Beispiel einer Wagenburg, von der niemand weiss, wer dort wirklich anwesend ist, wird die öffentliche Sicherheit bedroht. Eine Entwicklung, wie sie in der Reitschule Bern bereits weit fortgeschritten ist, muss verhindert werden.

Deshalb stellen sich uns folgende Fragen:

1. Welche Zusammenhänge sieht der Kanton zwischen Linksextremismus und der Zuwanderung, respektive durch die Unterbringung von abgewiesenen oder gar illegal eingereisten Menschen in Kreisen von Linksautonomen?

2. Wie wird sichergestellt, dass unsere Sicherheitskräfte darüber informiert sind, welche Menschen sich in der Wagenburg im Hinterschlund aufhalten? Gibt es Anzeichen dafür, dass sich an solchen Orten gesuchte Kriminelle oder potenzielle Gefährder der Gesellschaft befinden?
3. Was unternimmt der Kanton Luzern gegen anarchistische Strukturen wie zum Beispiel eine Wagenburg oder andere rechtsfreie Räume und gegen Linksextremismus?
4. Wie beurteilt der Kanton oder die Polizei das Risiko von No-go-Areas beziehungsweise rechtsfreien Zonen, welche durch linksextreme Kreise und masslose Migration gefördert werden?
5. Welche Gebiete, die sich durch Linksextreme oder auch andere Strömungen zu No-go-Areas entwickeln oder eine Tendenz dazu zeigen, sind dem Kanton oder der Polizei bekannt?
6. Wie steht der Kanton zu einer höheren Abgeltung für polizeiliche Leistungen bei öffentlichen Veranstaltungen, die durch die Behörden der Stadt Luzern bewilligt werden? Wäre im Falle von Luzern gar die Wiedereinführung einer Stadtpolizei, aufgrund der Gefahrenlage im Bezug auf Linksextremismus und der zunehmenden Anzahl polizeilicher Einsätze, eine prüfungswerte Alternative?

Bucher Mario

Wicki Martin, Wandeler Andy, Gerber Fritz, Schnydrig Monika, Hodel Thomas Alois, Küng Roland, Müller Guido, Arnold Robi, Waldis Martin, Ursprung Jasmin, Lüthold Angela, Kunz-Schwegler Isabelle, Meyer-Huwlyer Sandra, Schumacher Urs Christian, Knecht Willi, Dahinden Stephan, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard